

LSAP
D'SOZIALISTEN

GRUNDSATZ-

PROGRAMM

Das LSAP-Grundsatzprogramm



Präambel

Die Luxemburger Sozialisten sind dem Ideal einer humanen, demokratischen und gerechten Gesellschaft verpflichtet. Sie streben eine Gesellschaft an, in der Gegensätze durch Reformen überwunden und Konflikte friedlich gelöst werden. Die Persönlichkeit eines jeden soll sich frei von Angst und Not entfalten können.

Ausgangspunkt und Ziel des Handelns der Luxemburger Sozialisten ist die Würde des Menschen. Der Mensch ist ein Vernunft- und Naturwesen. Als Teil der Natur kann er nur in und mit der Natur leben. Seine Individualität entfaltet er in der Gemeinschaft. Der Mensch ist vernunftbegabt und lernfähig, aber auch fehlbar. Deshalb ist Demokratie möglich und nötig.

Die Würde des Menschen ist unantastbar. Unabhängig von Leistung und Können muss jeder die Möglichkeit haben, sein Leben selbst zu bestimmen. Frauen und Männer sollen sich gleichberechtigt und solidarisch für ein menschenwürdiges Zusammenleben einsetzen.

Dabei will die LSAP sie unterstützen. Die LSAP ist eine Partei der Reformen. In ihrer über hundert Jahre alten Geschichte haben die Luxemburger Sozialistinnen und Sozialisten einen herausragenden Beitrag zur Förderung der Demokratie und zur Stärkung der sozialen Gerechtigkeit in unserem Land geleistet. Der gesellschaftliche Fortschritt wurde maßgeblich durch ihr Handeln geprägt. Diese Tradition ist Verpflichtung für die Zukunft.

Die LSAP ist Teil der europäischen Sozialdemokratie. Entstanden aus der Arbeiterbewegung und dem Kampf für Aufklärung und Menschenrechte, haben demokratische Sozialisten gegen alle Formen des Totalitarismus angekämpft. In der Auseinandersetzung gegen klerikale Bevormundung, faschistische oder kommunistische Diktatur und ungezügeltten Kapitalismus haben die europäischen Sozialdemokraten und Sozialisten durch konsequente Reformpolitik das europäische Sozialmodell gestaltet.

Den Herausforderungen der Zukunft wollen die Sozialisten sich ohne vorgefertigtes Gesellschaftsmodell stellen. Dogmen sind den Sozialisten fremd. Sie wollen eine ständige kritische Überprüfung der gesellschaftlichen Verhältnisse und deren stete Verbesserung im Respekt ihrer Grundwerte Freiheit, Gerechtigkeit, Solidarität und Sicherheit. Der Prozess ist das Ziel.

Politik kann vieles bewirken und bewegen. Politik kann jedoch nicht alles. Sie kann nur Rahmenbedingungen für ein sinnerfülltes Leben schaffen. Wenn staatliche Einmischung Glück und Erfüllung bewirken will, läuft sie Gefahr, in Bevormundung abzurutschen. Jeder Mensch behält seine ureigene Verantwortung für die Gestaltung seines Lebens.

Politik ist mehr als bloßes Verwalten. Glaubwürdige Politik muss sich Handlungsspielräume schaffen und sich ständig neuen Aufgaben stellen. Überläßt sie die Weichenstellung für Technik und Wachstum rein wirtschaftlichen Interessen, so beschränkt sie sich auf das Nachvollziehen von sogenannten Sachzwängen.

Deshalb wollen die Sozialisten einen starken Staat und starke Gemeinden. Dieses Staatsverständnis heißt nicht, dass öffentliche Institutionen sich über die Köpfe der Bürger hinweg in alle Lebensbereiche einmischen sollen. Demokratische Institutionen auf nationaler, regionaler oder lokaler Ebene bekommen ihre Legitimation vom Bürger. Demokratisch gewählte Politiker können ihrem Auftrag nur gerecht werden, wenn sie auf die Sorgen und Ängste aller Mitmenschen eingehen und im ständigen Dialog mit allen gesellschaftlichen Kräften nach solidarischen Lösungen für anstehende Probleme sorgen. Repräsentative Demokratie muss Mitentscheidung der Bürger durch Erklärung politischer Zusammenhänge und Anhörung aller Betroffenen garantieren. Bürgernahe Politik muss jede Bevormundung und Überreglementierung vermeiden. Vielmehr sind Freiräume für Eigeninitiativen aller gesellschaftlichen Kräfte zu schaffen. Gleichzeitig soll die Politik für optimal funktionierende öffentliche Dienstleistungen sorgen. Besonders die Erfüllung menschlicher Grundbedürfnisse darf nicht der Liberalisierung oder Privatisierung geopfert werden.

In den letzten Jahren hat sich das Tempo der gesellschaftlichen Veränderungen beschleunigt. Es gab Krieg auf dem europäischen Kontinent. Europa wächst weiter zusammen. Die USA wurden zur einzigen Weltmacht mit einem starken Drang nach Unilateralismus. Der Graben zwischen armen und reichen Ländern vergrößert sich und damit die Gefahr gewaltsamer Konflikte. Internationaler Terrorismus beunruhigt die Menschen. Religiöser Fundamentalismus und Fanatismus breitet sich ebenso aus wie rechter Populismus, Fremdenfeindlichkeit und Wohlstandsegoismus.

Die Dienstleistungsgesellschaft wird durch die Informations- und Kommunikationsgesellschaft ergänzt. Die Globalisierung der Finanzmärkte und der Weltwirtschaft geht weltweit einher mit dem Abbau sozialer Absicherungen und dem Raubbau an natürlichen Ressourcen.

Der Abbau von Protektionismus kann mehr Wohlstand für alle schaffen. Gleichzeitig bringt ungezügelt Liberalisierung neue Konflikte, die zu mehr Armut und Ausbeutung führen.

Die Verbindung von sozialem Fortschritt, wirtschaftlicher Effizienz und schonendem Umgang mit natürlichen Ressourcen stellt heute die zentrale Herausforderung der Politik dar.

Die LSAP gibt mit ihrem Grundsatzprogramm klare Orientierung.

Sie will Arbeit, Wohlstand und Lebensqualität für alle. Auf der Grundlage der sozialen und ökologischen Marktwirtschaft will sie ökonomische Leistungsfähigkeit und soziale Sicherheit. Der lebenslange Zugang aller zu Bildung und Wissen ist die Vorbedingung für eine kulturell hochstehende Gesellschaft.

Je nach Lebensabschnitt und Bedürfnis - ob Jugend oder Alter, ob Alleinstehende oder Familien mit Kindern oder neue Partnerschaften - sollen Zukunftsperspektiven eröffnet werden, die es jedem erlauben, sein Leben nach seinen eigenen Erwartungen zu gestalten.

Die Gleichstellung von Frau und Mann soll gelebte Wirklichkeit werden.

Unsere Verantwortung für kommende Generationen enthält die Verpflichtung, für den Schutz der natürlichen Lebensgrundlagen zu sorgen.

Die multikulturelle Zusammensetzung unserer Bevölkerung verlangt ein hohes Maß an Integration, Toleranz und Offenheit. Die Sozialisten wollen das friedliche Miteinander verschiedenster Menschen, Lebensarten und Kulturen. Sie wollen den Respekt der Eigenart eines jeden und fordern zugleich den Willen zur Integration ein. Sie wollen ein offenes Luxemburg, dessen Eigenständigkeit im Rahmen der Europäischen Union abgesichert ist.

Sie wollen verfolgten Flüchtlingen helfen und dazu beitragen, den Graben zwischen Armen und Reichen in der Welt zu überbrücken. Sie widersetzen sich militärischer Aufrüstung und der kriegerischen Auseinandersetzung als normales Mittel der Außenpolitik. Sie kämpfen mit aller Energie gegen Rassismus und Fremdenfeindlichkeit.

Die LSAP will als große linke Volkspartei Menschen mit verschiedenen philosophischen und religiösen Grundüberzeugungen, aus unterschiedlicher sozialer oder nationaler Herkunft, im Kampf für ihre politischen Ziele vereinen.

Die sozialistische Bewegung ist überzeugt, dass es keinen, auf die jeweiligen Staatsgrenzen beschränkten, dauerhaften Frieden und Wohlstand geben kann. Daher sehen sie die Verpflichtung, über die Grenzen hinweg mit Gleichgesinnten politisch tätig zu werden.

Unser gemeinsames Ziel: Freie Menschen in einer gerechten, solidarischen und sicheren Gesellschaft.

I) Unsere Grundwerte

Wir wollen eine Gesellschaft, in der sich die Menschen wohl und geborgen fühlen und in der sich die menschliche Persönlichkeit frei entfalten kann.

Wir wollen eine Gesellschaft ohne Privilegien, die nach demokratischen Prinzipien lebt und auf den Werten von Freiheit, Gerechtigkeit, Solidarität und Sicherheit gründet.

Freiheit

Ohne Freiheit keine Menschenwürde. Die LSAP will deshalb die Freiheit jedes Menschen im Sinne von sozial verantwortbarer Selbstbestimmung. In einer freien Gesellschaft muss sich jeder zum Glauben seiner Wahl bekennen können.

Freiheit bedeutet nicht nur die kategorische Ablehnung autoritärer Systeme und Konzepte. Freiheit setzt Bildung und Information, materielle Absicherung, persönliche und wirtschaftliche Entfaltungsmöglichkeiten voraus.

Eine laizistische und tolerante Grundeinstellung des Staates ist Voraussetzung für die Freiheit des Einzelnen. Sie beinhaltet die Trennung von Kirchen und Staat. Nur ein handlungs- und leistungsfähiger Staat kann im Endeffekt Wissen, Gerechtigkeit, Minderheitenschutz und Sicherheit garantieren. Freiheit beruht auf Toleranz. Der Respekt vor dem Anderen und dem Anderssein ist Voraussetzung für ein Leben in Freiheit für jeden.

Eine freie demokratische Gesellschaft braucht gleichberechtigte und mündige Bürgerinnen und Bürger, die sich ihrer Pflichten und Verantwortungen bewusst sind und aktiv an der Gestaltung des Gemeinwesens und an den demokratischen Entscheidungsprozessen teilnehmen.

Freiheit gibt es nicht ohne gesellschaftliche Verantwortung.

Gerechtigkeit

Alle Menschen sind gleich an Rechten und Würde. Deshalb wollen die Sozialisten Chancengleichheit durchsetzen – unabhängig von Geschlecht, Herkunft und Einkommen, Weltanschauung oder individueller Lebenseinstellung. Gleiche Entfaltungschancen bedeuten nicht Gleichmacherei, sondern Raum für individuelle Neigungen und Fähigkeiten aller. Gleichheit setzt Respekt für die persönliche Eigenart eines jeden und für kulturelle Unterschiede zwischen den Menschen voraus.

Menschen, die schwächer und benachteiligt sind, haben ein Recht auf besondere Unterstützung und Förderung.

Zur Chancengleichheit gehören gleiche politische und soziale Menschenrechte sowie eine gerechte Verteilung von Einkommen und materiellen Werten. Ein wesentliches Grundrecht für die Sozialisten ist das Recht auf Bildung, Kultur und Arbeit. Sie treten ein für die gleichberechtigte Teilnahme an der Gesellschaft.

Für die Sozialisten bedeutet Gerechtigkeit, soziale Unterschiede zwischen den Menschen zu überwinden und eine Gesellschaft freier und gleicher Menschen zu gestalten.

Solidarität

Ohne Solidarität gibt es keine lebenswerte menschliche Gesellschaft.

Die Solidarität von entrechteten und ausgebeuteten Arbeitern hat die Geschichte der demokratischen Arbeiterbewegung geprägt und soziale Errungenschaften erst möglich gemacht.

Solidarität ist Grundlage des sozialen Zusammenhalts und das wirksamste Instrument zur Durchsetzung gerechter und humaner Lebens- und Arbeitsbedingungen.

Solidarität ist die Waffe der Schwachen im Kampf um ihre Rechte. Solidarität fußt auf der Einsicht, dass der Mensch seiner Mitmenschen bedarf. Wer in Not gerät, muss sich auf die Solidarität der Gesellschaft verlassen können. Solidarität heisst auch ein Stück Verantwortung für seine Mitmenschen zu übernehmen.

Solidarität drückt sich in mannigfaltigen Formen aus, die für die Sozialisten alle gleichermaßen förderungswert sind. Neben der staatlich organisierten Solidarität sind zwischenmenschliche Eigeninitiativen und private Netzwerke zu unterstützen und zu fördern, um so der zunehmenden Individualisierung unserer Gesellschaft entgegen zu steuern.

Solidarität kennt keine Grenzen. Sie gebietet, dass alle Menschen die Chance für ein menschenwürdiges Leben erhalten und dass die reichen Industrieländer ihre Verantwortung gegenüber den weniger entwickelten Ländern übernehmen.

Solidarität umfaßt alle Generationen. Kommende Generationen, über deren Lebenschancen wir heute entscheiden, haben Anspruch auf die Solidarität der heutigen Generationen.

Sicherheit

Wir Sozialisten wollen das elementare Bedürfnis der Menschen nach Sicherheit erfüllen. Sicherheit ist das Ergebnis praktisch gelebter Solidarität und eine Grundlage für das gesellschaftliche Zusammenleben.

Sicherheit bedeutet ebenfalls Absage an Krieg und Einsatz für aktive Friedenspolitik.

Für den Einzelnen bedeutet Sicherheit in erster Hinsicht Absicherung der eigenen Existenz: soziale Absicherung im Alter, bei Unfall, Krankheit oder Arbeitslosigkeit.

Sicherheit erfordert auch die Anwendung des Vorsorgeprinzips, Gesundheits- und Umweltschutz, Lebensmittelsicherheit und Abwägung der Risiken bei neuen Technologien. Wissenschaftliche Forschung im Dienste des Menschen muss die moralischen und ethischen Grenzen achten; dies gilt besonders im ethisch sensiblen Bereich der neuen Biotechnologien.

Jeder Mensch hat ein Anrecht auf die Sicherheit seiner Person und seiner Güter, sowie auf den Schutz seiner persönlichen Daten und seiner Privatsphäre. Ohne Sicherheit gegenüber Gewalt und Verbrechen ist eine freiheitliche Gesellschaft nicht denkbar.

Freiheit, Gerechtigkeit, Solidarität und Sicherheit bedingen einander und ergänzen sich gegenseitig. Nur ihre gemeinsame Verwirklichung kann allen Menschen ein erfülltes Leben ermöglichen.

II) Handeln auf der Grundlage sozialistischer Werte

1. Vorrang für den Menschen

Für die Sozialisten sind Würde und Wohl aller Menschen Maßstab des politischen Handelns, gerade in der Wirtschaftspolitik.

Ohne eine gut funktionierende Wirtschaft kann kein Land gesellschaftliche Probleme lösen und durch Umverteilung des wirtschaftlichen Reichtums für mehr Gerechtigkeit und Solidarität, mehr Sicherheit und Freiheit sorgen. Seit Anbeginn der Menschheit ist der Markt der natürliche Ort, wo Menschen Güter und Dienstleistungen anbieten und erwerben. Wenn Marktwirtschaft also unverzichtbar ist, wollen die Sozialisten keine Gesellschaft, in der alles vermarktet wird. Deshalb können die Sozialisten sich nie mit der kapitalistischen Wirtschaftsordnung abfinden, für die nur die Gewinnmaximierung zählt und Mensch wie Natur bloße Kosten- und Produktionsfaktoren sind. Wirtschaftliche Entwicklung soll über eine gerechte Verteilung der Arbeit, Güter, Dienstleistungen und Einkommen Wohlstand für alle bringen, ohne dass die Entwicklungschancen zukünftiger Generationen beeinträchtigt werden.

Die Kräfte des Marktes allein bewirken dies nicht. Die Politik muss dem Markt Regeln auferlegen und dort lenkend und korrigierend eingreifen, wo sich Kräfte des Marktes gegen Mensch und Umwelt richten. Neben dem Faktor Kapital müssen die Faktoren Arbeit und Umwelt eine viel stärkere Berücksichtigung finden. Die solidarische Gesellschaft muss wirtschaftliche Leistung mit sozialer Sicherheit verbinden. Sie muss auf Innovation setzen, um natürliche Ressourcen zu schonen. Eine auf Nachhaltigkeit ausgerichtete Wirtschaftspolitik muss sich qualitative Ziele setzen. Dies erfordert einen gesellschaftlichen Konsens, der eine politisch bestimmte gesellschaftliche Steuerung ermöglicht. Technische und technologische Innovation sollen ökologischer Erneuerung dienen, Arbeitsprozesse humanisieren, Wettbewerbsfähigkeit sichern, Lebensqualität stärken und eine sinnvolle Gestaltung der Arbeit fördern.

Wirtschaft braucht unternehmerische Initiative und Leistung. Unternehmertum erfordert gleichzeitig soziale und ökologische Verantwortung. Die Sozialisten bekennen sich zur Wirtschaftsdemokratie, zur Sozialpartnerschaft und zur Ausweitung der Mitbestimmung und Mitgestaltung aller Berufstätigen, im Sinne der Demokratisierung der Arbeitswelt.

Arbeit bestimmt in hohem Masse die Entfaltung der Persönlichkeit und des Selbstwertgefühls. Die Erwerbstätigkeit vermittelt soziale Anerkennung, bestimmt Lebenschancen und sichert materielle Unabhängigkeit.

Der Kampf für eine gerechte Aufteilung der Arbeit ist weiterhin eine Kernaufgabe der Sozialisten. Vollbeschäftigung bleibt unser oberstes Ziel, ebenso wie der Erhalt stabiler Arbeitsverhältnisse und menschengerechter Arbeitsbedingungen. Nur so lässt sich auch die Armut und gesellschaftliche Ausgrenzung nachhaltig bekämpfen. Noch immer fehlt es Menschen am Lebensnotwendigen.

Eine gerechte Einkommensverteilung sorgt für sozialen Ausgleich und schafft zusätzliche Nachfrage und damit Arbeitsplätze.

Eine humane Arbeitswelt setzt die Vereinbarkeit von Familie und Beruf voraus. Die Sozialisten wollen eine Gesellschaft, in der Frauen und Männer gleichberechtigt, frei und solidarisch miteinander leben. Die rechtliche Gleichstellung von Mann und Frau muss auf allen Ebenen der Gesellschaft in Realität umgesetzt werden.

Die Sozialisten räumen der Gesundheit und der Sicherheit am Arbeitsplatz einen besonderen Stellenwert ein.

Die Arbeit muss neu bewertet und gerecht verteilt werden. Die Arbeit findet nicht nur im Beruf statt. Arbeit im Haus und in der Familie sind ebenfalls wertvoll und müssen zwischen den Geschlechtern aufgeteilt werden. Deshalb ist eine bessere Aufteilung der verschiedenen Arbeitsformen anzustreben. Ein Mittel dazu ist die weitere Verkürzung der gewerblichen Arbeitszeit.

Die Sozialisten werden sich wie in der Vergangenheit für die Kürzung der Wochen- wie der Lebensarbeitszeit einsetzen. Dies gilt besonders für Menschen, die sich ihr Leben lang schwerer körperlicher Arbeit hingeben mussten. Mit der fortschreitenden Lebenserwartung der Menschen eröffnen sich neue Perspektiven, um die Arbeit anders zu gestalten. Flexiblere Arbeitszeiten, Teilzeitarbeit, Telearbeit, frei gewählte Verlängerung des Pensionsalters, eine Lebensarbeitszeit, die von Perioden der Kindererziehung, der Aus- und Weiterbildung unterbrochen wird, gehören zu einer gerechteren und solidarischeren Gesellschaft. Die Sozialisten werden jedoch sicherstellen, dass die flexible Gestaltung der Arbeitszeit nie auf Kosten der Arbeitnehmer erfolgt. Neben dem Recht auf Arbeit muss es auch ein Recht auf freie Lebensgestaltung zwischen Beruf und Familie geben.

Kindertagesstätten, Ganztagschulen oder andere Formen von Kinderbetreuung sind Voraussetzungen dafür, dass Erwerbs- und Familienarbeit vereinbar werden. Dazu zählt auch der Erwerb von eigenständigen Versicherungsrechten bei der Altersversorgung. Erziehungs- und Pflegezeiten sind bei der Altersversorgung anzurechnen.

2. Gleiche Lebensqualität für alle

Sozialistische Politik zielt auf eine hohe Lebensqualität für jeden Einzelnen hin. Hohe Lebensqualität ist ohne umfassende Umweltpolitik nicht denkbar. Um unsere Umwelt lebenswert zu erhalten, dürfen wir nicht mehr Ressourcen verbrauchen als wir ersetzen oder wieder erneuern können. Wir müssen den Schadstoffausstoß minimisieren und Risiken vermeiden, die zu Schäden führen können.

Natur und Umwelt sind Werte an sich. Ökologische Nachhaltigkeit ist die Leitlinie unseres politischen Handelns. Unser Land muss auch einen angemessenen Beitrag zur Lösung der planetarischen Umweltprobleme leisten und den Schutz der Biodiversität gewährleisten.

Die gezielte Förderung des öffentlichen Verkehrs und des umweltverträglichen Güterverkehrs führt zu einer Reduktion der Schadstoff- und Lärmbelastung. Wir brauchen eine

ationale und internationale Verkehrsplanung, die das Verursacherprinzip und die Kostenwahrheit berücksichtigt. Wir fördern eine integrative Raumpolitik d.h. eine Politik der Landes-, Raum-, und Stadtplanung, in der all ihre Komponenten wie Siedlung, Umwelt, Transport, Gewerbe, Kultur und Industrie aufeinander abgestimmt werden.

Lebensqualität darf nicht davon abhängig sein, wo man wohnt. Eine rationelle Aufteilung der Aktivitäten übers Land, welche den Eigenarten und den Entwicklungspotentialen aller Regionen Rechnung trägt, garantiert ein harmonisches, ausgewogenes Wachstum. Raumplanung muss mit den angrenzenden Regionen der Nachbarländer abgestimmt werden.

Die Sozialisten wollen das Grundrecht auf Wohnen verwirklichen. Dies ist ohne staatliche Lenkungsmaßnahmen im ordnungspolitischen Bereich und ohne Beihilfen nicht durchzuführen. Im Rahmen der Landesplanung sollen Staat und Gemeinden partnerschaftlich den Wohnungsmarkt organisieren und den Bau von Miet- und Eigentumswohnungen fördern. Wohnungsbau darf nicht durch Baulandspekulation verteuert oder vereitelt werden. Umwelt- und benutzerfreundliches Bauen ist zu fördern. Ehe neues Bauland erschlossen wird, soll der städtische Raum besser genutzt werden, auch was Restaurierung, Erhaltung und Umbau angeht.

Lebensqualität ist eng verknüpft mit dem Recht auf soziale Sicherheit. Die Arbeiterbewegung hat über Generationen den Sozialstaat erkämpft. Die Sozialisten werden ihn erhalten und ausbauen. In der Solidargemeinschaft stehen die Jungen für die Alten, die Gesunden für die Kranken und Pflegebedürftigen, die Arbeitenden für die Arbeitslosen ein. Wir sind gegen die Privatisierung der Absicherung elementarster Lebensrisiken. Wir setzen uns für die Gleichstellung von Frauen und Männern in der sozialen Sicherheit ein und wollen das Prinzip „Gleicher Lohn für gleiche Arbeit“ durchsetzen.

Wir streben eine Gesundheitssicherung an, bei der die Interessen der Patienten Vorrang erhalten. Vorbeugende und heilende Medizin müssen gleichrangig sein. Gesundheitsvorsorge und Gesundheitsaufklärung werden zu zentralen Aufgaben. Unabhängig vom Einkommen und vom Alter muss jedem Kranken eine Behandlung zuteil kommen, die dem letzten Stand medizinischer Wissenschaft entspricht. Alle Bürger haben das Recht auf die freie Wahl des Arztes und Anspruch auf die wirksamste Behandlungsmethode.

Bei unheilbarer Erkrankung muss im Respekt der Menschenwürde eine optimale Sterbensbegleitung gewährleistet sein. Das Recht auf Selbstbestimmung des Menschen gilt auch am Lebensende.

Alle Menschen haben das Recht auf wirksamen Schutz vor Kriminalität. Verbrechensvorsorge und -bekämpfung müssen zu einem gemeinsamen Anliegen werden. Wesentlich ist ebenfalls die Bekämpfung der Ursachen der Kriminalität. Das Zurückdrängen von sozialer Ausgrenzung, ein gut funktionierendes öffentliches Bildungssystem, gezielte Integrations- und Jugendarbeit wirken den Wurzeln

der Gewalt entgegen. Eine angemessene Bestrafung für Kriminelle muss jedoch sein. Der Schutz des Bürgers setzt schließlich ein modernes Strafrecht voraus, in dem die Interessen der Opfer im Mittelpunkt stehen.

Der Strafvollzug soll Resozialisierung fördern.

3. Zusammenleben der Generationen

In einem Land, in dem immer mehr alte Menschen mit jungen Menschen zusammenleben, sind solidarische Beziehungen zwischen den Generationen wichtiger denn je. Nicht Unverständnis und Konkurrenz, sondern Erfahrungsaustausch und Solidarität müssen das Verhältnis zwischen Jung und Alt bestimmen.

Wir streben ein regelrechtes Bündnis der Verantwortung zwischen den Generationen an, für die Zukunft unserer Jugend, für die Zukunft unseres Landes.

Das Wohlergehen der Kinder und Jugendlichen hängt wesentlich davon ab, ob man sie ernst nimmt, sich um sie kümmert und sie in ihrer Entwicklung unterstützt, in der Familie und in der Schule. Eltern müssen Zeit behalten sich um ihre Kinder zu kümmern. Auch für Eltern gilt der oben angeführte Grundsatz von Rechten und Pflichten: Eltern haben ein Recht darauf, dass der Staat angemessene Rahmenbedingungen für öffentliche Erziehung, Bildung und Zugang zur Kultur sowie angemessene pädagogische Betreuung garantiert. Andererseits stehen sie in der Pflicht, in erster Linie selbst Verantwortung für ihre Kinder zu übernehmen.

Staat und Gemeinden haben für eine qualitativ hochwertige pädagogische Betreuung innerhalb der Schule oder anderer Betreuungsstätten zu sorgen. Kinder und Jugendliche haben Pflichten, aber auch eigene Rechte. Dazu gehört das Recht auf Mitbestimmung im Schul- und Freizeitbereich.

Ziel von Bildung ist für die Sozialisten nicht nur Qualifikation für Beruf sowie Mittel zum sozialen Aufstieg. Bildung ist auch Wertevermittlung. Sie soll Kreativität und Kritikfähigkeit fördern und den Menschen helfen, sich in unserer komplexer werdenden Gesellschaft zurechtzufinden. Aus diesem Grund müssen allgemein verbindliche Werte unabhängig von religiösem und ideologischem Einfluss vermittelt werden.

In der heutigen Wissensgesellschaft muss Bildung allen offen stehen. Wir Sozialisten wollen eine tatsächliche Chancengerechtigkeit. Schüler, Studenten und Lehrlinge sind so zu unterstützen, dass sie in eigener Verantwortung ihren Berufsweg unabhängig vom Einkommen ihrer Eltern gehen können. Wissen wird immer mehr zum wichtigen Standortfaktor der modernen Wirtschaft und damit ein Feld neuer und zusätzlicher Beschäftigung.

Wir bekennen uns zur öffentlichen Schule, die allein in der Lage ist, diese Ziele zu verwirklichen. Sie ist die Schule aller Kinder und muss so ausgerichtet sein, dass sie sämtliche Bedürfnisse der Schüler und ihrer Familien abdeckt.

Die schwindenden Grenzen zwischen Jugend, Erwerbsleben und Alter erfordern flexible Antworten. Dazu gehören die Förderung des lebensbegleitenden Lernens, Modelle des gleitenden Übergangs in die Rente, ebenso wie andere

Formen der Weitergabe von beruflicher Erfahrung an Jüngere.

Für ältere Menschen wollen wir Rahmenbedingungen schaffen, die es ihnen erlauben, möglichst lange aktiv, selbstständig und im von ihnen bevorzugten Umfeld zu leben und dieses mitzugestalten.

Unsere Gesellschaft ist zusehends geprägt von vielfältigen Formen menschlichen Zusammenlebens. Wir verstehen unter Familie jede Art des dauerhaften Zusammenlebens in partnerschaftlicher Form, die den einzelnen Mitgliedern einer solchen Gemeinschaft Solidarität, Anteilnahme und Schutz bietet. Dies gilt ebenfalls für alleinerziehende Mütter und Väter.

Im Mittelpunkt hat auf jeden Fall das Wohl des Kindes zu stehen.

Der Staat soll alle Formen des Zusammenlebens unterstützen, die frei unter gleichberechtigten Partnern eingegangen werden. Gleichgeschlechtliche Partnerschaften sind mit der Ehe gleichzustellen.

4. Der internationale Rahmen

Zusammen mit den sozialistischen und sozialdemokratischen Parteien unserer europäischen Partnerländer werden wir uns in allen europäischen Institutionen für ein bürgernahes und soziales Europa einsetzen.

Europa soll den sozialen Zusammenhalt sowie die Vollbeschäftigung fördern und den Bürgern hochwertige öffentliche Dienstleistungen gewährleisten.

Die europäische Einigung und Erweiterung ist ein großes Friedensprojekt: Die Europäische Union muss ihren Erfolg auf diesem Gebiet nutzen und Frieden und Sicherheit auf den ganzen Kontinent sowie auf den ganzen Mittelmeerraum ausstrahlen. Sie muss in allen internationalen Organisationen mit einer Stimme sprechen und ihre gemeinsame Außen- und Sicherheitspolitik ausbauen. Europa soll keine Supermacht werden, aber genügend politisches Gewicht bekommen, um Alleingänge von Großmächten zu verhindern. Die Welt von morgen muss multipolar bleiben.

Eine auf Solidarität aufbauende Weltwirtschaftsordnung setzt eine Umverteilung zwischen dem reichen Norden und dem armen Süden voraus. Es gilt, eine internationale Ordnung aufzubauen, in der alle Menschen in Frieden miteinander leben können. Ohne einen Ausgleich zwischen Industrie- und Entwicklungsländern ist die Zukunft der Menschheit gefährdet. Wo Hunger und Elend herrschen, kann Frieden keinen Bestand haben und findet der internationale Terrorismus fruchtbaren Nährboden.

International vereinbarte Handelsregeln müssen die eigenen Entwicklungschancen der armen Länder dauerhaft und nachhaltig fördern.

Auf dem Weg zu einer gerechteren Weltwirtschaftsordnung müssen die Austauschbedingungen zugunsten des Südens verändert, die Exporterlöse für Rohstoffe gesteigert, die

Schuldendienste abgebaut, der Ressourcentransfer von Nord nach Süd gefördert, die öffentliche Entwicklungshilfe erweitert und die Kontrolle dieser Regeln weltweit durchgesetzt werden.

Die Sozialisten setzen sich entschieden für den Multilateralismus ein. In diesem Zusammenhang muss den Vereinten Nationen eine wachsende Bedeutung zufallen. Wir wollen die UNO politisch und finanziell stärken, damit sie zu einem wirksamen Instrument gewaltfreier Weltinnenpolitik wird.

Konflikte sind aufgrund der Bestimmungen der UNO-Charta zu lösen. Militärische Einsätze darf es nur unter UNO-Mandat geben. Kriegsverbrecher gehören vor das neue von der UNO geschaffene internationale Strafgericht.

Die fundamentalen Menschenrechte dürfen dem Kampf gegen den Terrorismus nicht untergeordnet werden. Die demokratischen Errungenschaften sind unantastbar, ebenso wie die Vielfalt der Kulturen. Die Probleme dieser Welt können nicht auf die alleinige Dimension der Terrorismus-Bekämpfung reduziert werden. Nur durch eine systematische Beseitigung seiner Ursachen kann der Terrorismus dauerhaft zurückgedrängt werden. Eine gerechtere und tolerantere Welt wird auch eine stabilere Welt sein.

III) Unser Verständnis von Politik

Bürgernähe, Dialogbereitschaft und Überzeugungswille

Politik ist für uns undenkbar ohne Diskussion, ohne Austausch, ohne Konfrontation von Meinungen und Überzeugungen. Wir werden weiterhin auf unsere Mitmenschen zugehen, ihnen zuhören und gemeinsam Antworten auf ihre Fragen finden. Wir setzen auf Überzeugung, nicht auf Belehrung.

Wir wollen eine aktive Demokratie, die auf dem Recht auf Information und Mitsprache der Bürger fußt: wir stehen für eine echte Bürgerbeteiligung an den Entscheidungsprozessen, die sich nicht auf periodisch stattfindende Wahlgänge beschränkt. Der Meinungspluralismus muss entwickelt werden.

In der Art, wie wir debattieren, müssen unsere Ziele immer erkennbar bleiben. Dies gehört zur Glaubwürdigkeit und Wahrhaftigkeit sozialistischer Politik. Die Grundwerte, die wir in der Gesellschaft verwirklichen wollen, müssen der Arbeit in unserer Partei zugrunde liegen und mit Leben erfüllt werden.

Als linke Reformpartei wollen wir in einem Prozess der positiven Veränderung eine neue und bessere Gesellschaft verwirklichen. Unsere politische Uraufgabe bleibt aktuell, so aktuell wie die Grundwerte und Grundsätze, von denen wir ausgehen.

Politische Kultur benötigt die Spannung zwischen Zukunftsentwurf und Wirklichkeit. Unser Zukunftsprojekt beinhaltet ein Angebot für ein Reformbündnis aller gesellschaftlichen Kräfte.

Zu diesem Bündnis gehören all jene, die durch eigene Erfahrungen im Alltag oder durch ihr Engagement in

Vereinigungen, Verbänden und Gewerkschaften von der Notwendigkeit permanenter Reformen überzeugt sind.

Wir behaupten nicht, für jedes Problem gleich die passende Antwort zu haben. Wir sind aber überzeugt, dass die Sozialisten unser Land vor konservativem Stillstand und liberalem Eigennutz bewahren können.

Gemeinsam können wir Gefahren abwehren, Risiken meiden und eine neue, bessere gesellschaftliche Ordnung erreichen.

Wir rufen alle, Mitbürgerinnen und Mitbürger zur Mitarbeit auf. Durch ein solides Engagement für Freiheit, Gerechtigkeit, Solidarität und Sicherheit vermögen wir gemeinsam Positives zu bewegen, Ängste zu überwinden und den sozialen Fortschritt weiter zu entwickeln.

**Angenommen vom außerordentlichen Kongress
am 21. Oktober 2002 in Esch/Alzette**



LSAP SECRETARIAT GENERAL

68, RUE DE GASPERICH

L-1617 LUXEMBOURG

TEL: 45 65 73 -1

FAX: 45 65 75

EMAIL: INFO@LSAP.LU

WWW.LSAP.LU